

Mechthild Heil

- (A) Zeitschrift abgeschlossen zu haben, gehört nun der Vergangenheit an.

Beim Anlegerschutz geben wir mit den Produktinformationsblättern den Kunden eine gute Möglichkeit an die Hand, Angebote für ihre Geldanlage besser zu verstehen und die Angebote untereinander wirklich zu vergleichen. Die bisher nur für den Bankensektor geltende Dokumentationspflicht werden wir auch auf den Grauen Kapitalmarkt, also auf alle Anlageberater, ausweiten.

Die Weltwirtschaftskrise hat uns nachdrücklich gezeigt: Verbrauchervertrauen ist die Voraussetzung für eine gesunde Volkswirtschaft. Weil wir das wissen, stärken wir die Verbraucher und damit unsere Wirtschaft.

Mit dem neuen Telekommunikationsgesetz beenden wir endgültig die Beutelschneiderei mit teuren Warteschleifen.

Wir wollen einen flächendeckenden Ausbau des Breitbands. Menschen auf dem Land sind für mich keine Verbraucher zweiter Klasse.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir setzen uns für weniger Preisschwankungen an den Zapfsäulen ein. Zu viele Kunden fühlen sich von den manchmal stündlich wechselnden Preisen an den Tankstellen an der Nase herumgeführt.

Ein besserer Schutz der persönlichen Daten im Netz und vieles andere steht bei uns auf der Agenda.

- (B) Unserem Ziel – schnellere und zielgenauere Informationen für den Verbraucher, keine staatliche Bevormundung, weniger Spielraum für die schwarzen Schafe auf dem Markt – sind wir in den letzten zwei Jahren ein deutliches Stück nähergekommen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Heil, achten Sie bitte auf die Zeit.

Mechthild Heil (CDU/CSU):

Der vorliegende Haushaltsentwurf eröffnet uns die Möglichkeit, auf diesem Weg weiter voranzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin Drobinski-Weiß hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Verbraucherinnen und Verbraucher auf den Rängen! Ich möchte gern ein bisschen Wasser in den Wein gießen, den Frau Heil uns einzuschenken versucht hat.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP:
Oh nein!)

Denn angesichts der Verbraucherpolitik dieser Bundesregierung ergibt sich folgendes Bild: Die Verbraucherpolitik hat für die schwarz-gelbe Bundesregierung wenig Bedeutung. (C)

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wohl wahr!)

Die Verbraucherpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung hat kein Konzept. Die Verbraucherpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung besteht vor allen Dingen aus Worten und weniger aus Taten. Sie nutzt Worte und Bilder. Das dient weniger den Verbrauchern als der PR in eigener Sache.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Verbraucherpolitik fällt bei dieser Bundesregierung nur „unter ferner liefen“. Denn im Haushaltsentwurf 2012 sind ganze 3 Prozent des gesamten Etats für verbraucherpolitische Maßnahmen vorgesehen. Das im Einzelplan 10 enthaltene Tortendiagramm weist für die Verbraucherpolitik gerade einmal 148,6 Millionen Euro aus; das ist der kleinste Anteil. So viel gibt man für die Verbraucherpolitik aus. Sogar für den Bereich „Weitere Ausgaben“ sind 447,9 Millionen Euro vorgesehen. Das ist dreimal so viel wie das, was für die Verbraucherpolitik ausgegeben werden soll.

Die Verbraucherpolitik der Bundesregierung hat kein Konzept. Ihre Maßnahmen sind nicht an der Realität der Verbraucher ausgerichtet. Wir von der SPD-Fraktion fordern deshalb den Ausbau einer verbraucherbezogenen Forschung. Wir fordern die Einführung eines wissenschaftsbasierten Verbraucherchecks bei der Gesetzgebung. Bisher fehlen Daten über das tatsächliche Verhalten von Verbrauchern, die Motive für die Produktwahl und die Verarbeitung von Informationen. So weiß man zum Beispiel auch zehn Jahre nach der Einführung der Riemer-Produkte nicht, warum viele Menschen diese Verträge nicht abschließen, warum sie die Zulage nicht beantragen und warum sie nicht bis zur Rente „durchsparen“. Wir fordern deshalb den Aufbau einer eigenständigen Forschungseinrichtung, die unter anderem eine jährliche und repräsentative Verbrauchererhebung durchführt. Sie soll die Grundlage für weitere Studien und einen Verbrauchercheck in der Gesetzgebung ermöglichen. (D)

Beim Verbraucherinformationsgesetz haben wir als SPD in einem Entschließungsantrag erstmalig einen Verbrauchercheck gefordert. Wir wollen, dass die sich in der Praxis offenbarenden Schwächen zum Anlass genommen werden, entsprechend nachzubessern. Obwohl seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 2008 klar ist, dass die Auskunftsmöglichkeiten für Verbraucher so stark eingeschränkt sind, dass die Verbraucher sie kaum nutzen, warten wir seit drei Jahren auf eine entsprechende Novelle. Das, was uns bisher vonseiten der Bundesregierung bekannt ist, lässt leider befürchten, dass auch die Schwächen dieses Gesetzes wieder einmal nur unzureichend beseitigt werden sollen.

Nach Auffassung der Bundesregierung soll der mündige Verbraucher allein die Verantwortung für ein nach-

Elvira Drobinski-Weiß

- (A) haltiges Konsumverhalten tragen. Dabei ist der Markt mit der sogenannten Nachhaltigkeit für die Verbraucher undurchschaubar geworden. Hinz und Kunz werben mit der Nachhaltigkeit ihrer Produkte. Doch was steckt dahinter? Wir fordern eine öffentlich zugängliche Datenbank, in der Hersteller, die mit solchen Aussagen werben, ihre Kriterien für soziale und ökologische Produktionsbedingungen offenlegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So werden nämlich die unterschiedlichen Nachhaltigkeitsbegriffe für die Verbraucher vergleichbar. Das kann zu einer einheitlichen Definition beitragen.

Wie Sie wissen, hat der Europäische Gerichtshof vorgestern entschieden, dass nicht zugelassene Genkonstrukte in Lebensmitteln nicht toleriert werden dürfen, egal ob absichtlich oder zufällig hineingelangt und unabhängig vom Anteil. Im Klartext muss dies heißen: keine Aufhebung der Nulltoleranz für nicht zugelassene Konstrukte und kein Anbau von GVO-Pflanzen. Denn die Koexistenz ist ein Märchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Die Ausbreitung von GVO ist nicht kontrollierbar. Doch stattdessen diskutiert man in der Bundesrepublik über eine Kennzeichnungspflicht für die Produkte, die irgendwie mit Gentechnik in Berührung gekommen sind. Wir halten eine solche Kennzeichnung nur dann für sinnvoll, wenn der Verbraucher auf einen Blick erkennen kann, ob gentechnisch veränderte Pflanzen genutzt wurden oder ob auf irgendeiner Produktionsstufe im Herstellungsprozess ein gentechnisch verändertes Enzym eingesetzt wurde. Mehrheitsfähig – Frau Aigner, da muss ich Ihnen leider widersprechen – ist diese Kennzeichnung auf EU-Ebene sowieso nicht. Deshalb haben wir uns damals für die freiwillige Kennzeichnung „Ohne GenTechnik“ auf nationaler Ebene starkgemacht. Die haben wir von der SPD durchgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich freue mich, dass Sie, Frau Aigner, uns dabei unterstützt haben. Wir brauchen aber weiterhin Mittel für diese Informationskampagne.

Ob Lebensmittelkennzeichnung, Verbraucherrechtlinie, Datenschutz oder Spielzeugsicherheit, wichtige verbraucherpolitische Vorhaben – das wissen wir alle – werden in Brüssel verhandelt. Die Wirtschaft ist in Brüssel bestens aufgestellt. Ihre Lobbyisten bauen ihre Präsenz in Brüssel massiv aus. Für die Zusammenarbeit der Verbraucherverbände auf EU-Ebene werden die Mitgliedsbeiträge der vzbv an die europäische Verbraucherorganisation BEUC zwar aus dem Einzelplan 10 gefördert, eine Vertretung für die spezifischen Interessen der deutschen Verbraucher existiert jedoch nicht. Das, so finden wir, muss sich schnellstens ändern.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das kann wohl nicht wahr sein!)

(C) Die Verbraucherpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung: wenige Taten, viele Worte und viel PR in eigener Sache. Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen. Viel wurde versprochen und nicht gehalten. Die Seite www.lebensmittelwarnung.de ist immer noch im Aufbau. Das Verbrauchertelefon mit Lotsenfunktion existiert nach wie vor nicht. Ob Anlegerschutz oder Spielzeugsicherheit, die Liste der leeren Versprechungen ließe sich beliebig fortsetzen. Die PR des Ministeriums dagegen läuft auf Hochtouren. Einmal verkündet der Parlamentarische Staatssekretär Allgemeinplätze, und sein Konterfei lächelt freundlich von der gesponserten Anzeige.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Er macht einen guten Eindruck!)

Ein anderes Mal lässt sich die Ministerin im Werbespot auf der Internetseite einer Küchenfirma finden, oder es werden Projekte von Zuwendungsempfängern genutzt, um die Arbeit des Ministeriums zu bewerben. Aus dieser Ecke werden wir möglicherweise noch einiges hören. Lieber wäre uns weniger PR, dafür mehr gute Politik für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Happach-Kasan für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sollte über diesem büttenreifen Beitrag der Kollegin Drobinski-Weiß nicht vergessen werden, dass wir hier über das Feld Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz diskutieren. Ich danke dem Kollegen Priesmeier ausdrücklich, weil er festgestellt hat, dass es insgesamt in der Landwirtschaft gut läuft. Es läuft in der Tat bemerkenswert gut.

Ich vermissе allerdings in den Beiträgen der Opposition die Überlegung, dass eine Haushaltsdebatte nicht nur darüber geführt werden sollte, wie die Gelder, die von den Steuerzahlern erwirtschaftet werden, verteilt werden. Es sollte auch darüber diskutiert werden, welche strukturellen Rahmenbedingungen wir schaffen. Die Opposition ist etwas blass geworden. Wir haben Rahmenbedingungen geschaffen, die es unserer Landwirtschaft ermöglichen, ein gutes Einkommen zu erwirtschaften. Herr Priesmeier hat recht: Wir haben eine schlechte Ernte. Deswegen werden wir darüber nachdenken, Direktzahlungen schneller zu leisten, damit keine Liquiditätsengpässe entstehen. Dies liegt im Interesse der Betriebe.

Ich vermissе bei der Kritik dessen, was gewesen ist – Frau Drobinski-Weiß war offensichtlich nicht da, sonst hätte sie bemerkt, wie viel diese Bundesregierung bewegt hat –,